

beantwortet. Erst am 24. Juni 1925 — also ein reichliches Jahr später als angefragt — erschien eine neue Vorkaufnote, die freilich in ihren einschränkenden Bestimmungen die Note vom Jahre 1922 noch übertrifft, so, unsere gesamte Luftfahrt einem Komitee von französischen Chirurgen und Ingenieuren anzuvertrauen, das natürlich die ihm übertragenen Nachbefugnisse ausüben der französischen Luftfahrt rücksichtslos auszuüben würde, wenn erst die Vorkaufnote angenommen sein sollte.

Die Regeln 1, 2, 4 und 6 sind unverändert übernommen worden. Nicht geändert haben sich die Zahlen für die Luftschiffe — es wird also hier ganz offensichtlich den Erfahrungen und Fortschritten des Luftverkehrs nicht Rechnung getragen, allerdings hat ja hier auch niemand außer uns (Nacht des 1. Z. 126 nach Amerika) Erfahrungen gemacht.

Die Regel 3 wird dahin erweitert, daß auch die Anbringung von Einrichtungen zum Torpedowurf verboten wird. (Das war 1922 noch nicht verboten, weil die nötigen Erfahrungen noch nicht gesammelt waren. Nachdem dies nun nachgeholt ist, wird das Verbot nachgeholt.) Außerdem wird kurz und bündig erklärt, daß jedes Flugzeug, das „Anpassung an militärische Zwecke“ erleidet, Kriegsflugszeug und somit verboten ist. Ein sehr, sehr denkbare Begriff!

Die Regel 5 erhöht die Stundengeschwindigkeit von 170 auf 180 Kilometer. Das ist allerdings ein gerades fabelhaftes Angebots!

Die Regel 7 erhöht die Anzahl von 600 auf 900 Kilogramm, auch das ist ein großzügiges Angebot!

Aber diese überhöhten Annehmlichkeiten werden sofort wieder aufgehoben durch die Regeln 8 und 9:

Regel 8. 1) Heber die Luftfahrzeuge, die Luftfahrtauglichkeit, welche Art herstellen, sind Viten zu führen, die deutsche Regierung hat dem Garantiefomitee Nachweise der Einreise (einschl. der Durchgangseinreise) und der Ausfuhr für alle Flugzeuge und aller Luftfahrtauglichkeit mit allen Einzelheiten, die das Komitee verlangt, zu beschaffen.

2) Heber alle Flugzeugführer und Flugpiloten und alle Flugzeugführer, die zur Ausfuhr gebrannt, ferngeschickt oder im Pan, sind Viten zu führen.

3) Alle Viten sind in der Form zu führen, die das Garantiefomitee verlangt; sie werden von dem deutschen Vertreter dem Komitee vierteljährlich übergeben.

4) Um zu vermeiden, daß das Garantiefomitee ein neues Luftfahrzeug oder Motorennummer nach dem Bau zerstören muß, sind ihm die Unterlagen zur Bestimmung der Merkmale dieses Geräts vor Beginn einzureichen.

Regel 9. Die Zahl der Flugzeuge und Motoren und die Menge des Luftfahrtauglichen, die Zahl der Flugzeugführer und Flugpiloten andererseits darf den angegebenen Bedarf der Luftfahrt in Deutschland, wie er vom Garantiefomitee festgelegt wird, nicht übersteigen.

Die allgemeinen Bemerkungen, nach denen eigentlich aller zwei Jahre eine Revision der Begriffsbestimmungen

stattfinden sollte, sind in dieser Note der Einfachheit halber weggelassen worden, denn wenn diese Note wirklich durchgeführt würde, gibt es in Deutschland in zwei Jahren gar keine Luftfahrt mehr. Wüßte man eine Revision von Begriffsbestimmungen überflüssig.

Ueber den Inhalt der Regeln 8 und 9 braucht man kein Wort zu verlieren; geht den Fall, daß nach Ansicht des Garantiefomitees 15 Flugzeuge und Führer für Deutschland für ausreichend erachtet werden, haben wir eben alle anderen Flugzeuge abzuwickeln, wenn erst die Note angenommen sein sollte.

Das sind die Grundlagen, die befolgt werden müssen, wenn die deutsche Luftfahrt wieder frei werden soll. Wir können dabei etwas in die Waagschale werfen, was bisher viel zu wenig beachtet worden ist: die deutsche Luftfahrt. Diese besteht aus der Versaillesvertrag ausdrückliche, und wir besitzen sie nach diesem Vertrag seit 1923. Ein europäischer, ein internationaler Luftverkehr ohne Deutschland ist unmöglich, denn Deutschland liegt luftpolitisch außerordentlich günstig — im Gegensatz zu seiner militärpolitischen Lage —, es wird also ohne dieses Zentrum der internationale Luftverkehr nicht auskommen können. Wir haben von dieser Luftfahrt erfolgreich bereits Gebrauch gemacht; wir haben ausländischen Flugzeugen das Ueberfliegen Deutschlands nur gestattet, wenn sie nach den uns anvertrauten Begriffsbestimmungen gebaut sind. Der Erfolg blieb nicht aus: Die ausländischen Flugzeuge mußten ein Ueberfliegen Deutschlands vermeiden, wenn sie nicht ihre Flugzeuge bei Notlandungen der Weichselnahe und ihre Führer einer Gefängnisstrafe aussetzen wollten.

Es kommt nun darauf an, daß bei den Pariser Verhandlungen mit diesem Luftfahrtauglichkeit nicht geschahert wird, und daß unter Bezugnahme auf Vocarno der deutschen Verkehrsflugfahrt vollkommene Freiheit zugesichert wird. Es handelt sich also um eine Angelegenheit, die in dieser Zeit wirtschaftlichen Niederganges doch das ganze Volk angeht, denn eine exportfähige Luftfahrtindustrie — und das wird die deutsche mit ihrer Qualitätsarbeit immer sein — bringt Geld ins Land und heuert damit wirtschaftlicher Not und Arbeitslosigkeit. Wir müssen also bei diesen Luftfahrtverhandlungen zurück zum Vertrag von Versailles — so absurd das auch klingen mag —, denn dieser Vertrag enthält keinerlei Einschränkungen für die zivile Luftfahrt, er kennt keine Begriffsbestimmungen.

Erst, wenn dieser Vertrag wieder als Grundlage für die deutsche Luftfahrt hergeholt ist, in eine Entwicklung möglich, im anderen Falle gibt es nur den Untergang.

So liegen zurzeit die Dinge luftpolitisch, diese kurze Skizze soll zum Verständnis dazu beitragen und das Interesse wecken, die vielleicht der Luftfahrt noch fernstehen, an den Pariser Luftfahrtverhandlungen. Denn diese sind inwieweit zu einer Lebensfrage unseres deutschen Volkes geworden.

Bayerisches Drängen auf Verwaltungsreform.

München, 31. März. Die „Münchener Postzeitung“ gibt in einem längeren Artikel über die Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung in Bayern zu erkennen, daß Ministerpräsident Dr. Feld, wenn er nicht in der Lage wäre, die von ihm als unabwendbar notwendig erkannte Reform der Staatsverwaltung durchzuführen, nicht zögern dürfte, die Konsequenzen zu ziehen. Wenn die Einflüsse politischer oder lokaler Natur sich stärker erweisen sollten als die Einsicht in die zwinzenden Staatsnotwendigkeiten, dann müsse der Ministerpräsident und mit ihm das ganze Kabinett zurücktreten. (W. T. B.)

Kabinettsrat über Deutschlands Teilnahme an der Ralskommission.

Berlin, 31. März. Auf der Tagesordnung der heutigen Kabinettsitzung steht, wie die „A. Z.“ meldet, als wichtiger Punkt die Entscheidung über die Frage, ob Deutschland an den Verhandlungen der Ralskommission für Erweiterung des Völkerbundes teilnehmen soll. Die Entscheidung dürfte dem Kabinett zufolge wahrscheinlich für eine Teilnahme Deutschlands fallen. Wahrscheinlich werde der Gesichtspunkt sein, daß Deutschland bei den Vocarno Verhandlungen und in dem fortgesetzten Politik besser dienen kann, wenn es sich aktiv an den Besprechungen beteiligt. (W. T. B.)

Kamek wieder in Wien.

Wien, 31. März. Bundeskanzler Dr. Kamek trat heute früh wieder in Wien ein. (W. T. B.) Voransichtlich wird Kamek noch im Laufe des heutigen Tages in einem Ministerialrat über seine Verhandlungen in Berlin und Prag berichten. Die Berichterstattung an die politischen Parteien wird erst nach den Osterferien erfolgen.

Turali Nachfolger Garinaccis.

Rom, 31. März. Von gestern abend 10 Uhr bis heute früh 10 Uhr tagte unter Sordy Mussolinis der große Nationalistische Rat. Nach Erledigung verschiedener Fragen ernannte der Rat als Nachfolger Garinaccis zum Generalsekretär der Nationalistischen Partei den Abgeordneten Augusto Turali. Ihm werden vier Vizegeneralsekretäre zur Seite stehen.

Wechsel in der italienischen Vertretung in Paris.

Paris, 31. März. „Le Nouvelle“ erklärt, aus bester Quelle erfahren zu haben, daß der italienische Botschafter in Paris, Baron Rocca, um seine Abberufung aus Gesundheitsrücksichten nachgedacht habe.

Die italienische Senatsreform.

Rom, 31. März. Mussolini gab gestern vor dem großen Nationalistischen Rat seiner Genehmigung über die ungeliebten Kundgebungen am 28. März aus Anlaß des sechsten Jahrestages der Gründung der Nationalistischen Partei Ausdruck. Daraus berichtete der Justizminister über die Reform des Senats. Schließlich nahm der große Rat eine von Mussolini eingebrachte Tagesordnung an. Danach bleibt die Zahl der Senatoren unbegrenzt. Sie werden entweder auf Lebenszeit unmittelbar vom König ernannt und gehören dann seinem Verband an, oder sie werden von Verbänden präsentiert und im König auf neun Jahre ernannt. Die zeitweiligen Senatoren müssen mindestens 40 Jahre alt sein. Die Zahl der von den Gewerkschaften präsentierten Senatoren darf niemals geringer sein als diejenige, der von den Unternehmerverbänden präsentierte. (W. T. B.)

Im Mai Neuwahlen in Rumänien.

Bukarest, 31. März. Die Regierung hat gestern in einem Ministerrat beschlossen, sofort die Neuwahlen für den 25. Mai anzuzusetzen. Sie wird sich in einem Aufsatze an die Bevölkerung wenden und sie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auffordern. Es wird ferner darauf hingewiesen werden, daß die Neuwahl über die zukünftige politische Entwicklung des Landes entscheiden soll. In Bukarest herrscht eine gewisse politische Unruhe, da verschiedene Parteien sich mit dem Kabinett Averescu durchaus nicht einverstanden erklären wollen. (T. H.)

Warschau, 31. März. Der polnische Landtag hat sich nach Verabschiedung des Budgetprovisoriums für April in zweiter und dritter Lesung bis zum 20. April vertagt. (w. b.)

Thomas über die Londoner Arbeitszeitkonferenz.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, hielt vor den internationalen Pressevertretern in Wien einen Vortrag über die Ergebnisse der Londoner Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens über die Auslegung des Washingtoner Abkommens. Aus dem Vortrag ins Einzelne gehenden Ausführungen Thomass, der an den Londoner Besprechungen hervorragenden Anteil angenommen hatte, ist zunächst hervorzuheben, daß nach seiner Ansicht die Londoner Konferenz die allgemeine Anerkennung des Grundgesetzes des Achtstundentages bewirkt habe, da kein Staat mehr sich gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens erkläre, sondern die Konferenz ausschließlich den Zweck hatte, eine gemeinsame Auslegung der fünf wichtigsten Industrien Europas herbeizuführen. Dieser Zweck wurde erreicht, und Thomas versicherte London mit dem Eindruck, daß England und Deutschland nunmehr ihre Arbeitszeitbestimmung in Übereinstimmung mit den Grundätzen des Washingtoner Abkommens ausarbeiten und ihren Parlamenten vorlegen würden, womit auch das Inkrafttreten der französischen und belgischen Gesetze sichergestellt wäre. Eine besondere Schwierigkeit erlids Thomas noch im Falle Italiens, das das Inkrafttreten seines Ratifizierungsgesetzes nicht nur von der Ratifizierung Deutschlands, Frankreichs, Englands und Belgiens, sondern auch von der Ratifizierung der Schweiz abhängig macht. Die Schweiz aber beabsichtigt nicht, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren, sondern will erst ein besonderes Gesetz über die Arbeitszeit der Handwerker ausarbeiten.

Bemerkenswert war ferner an den Darlegungen von Thomas die Erklärung, die er über den tieferen Sinn der Londoner Konferenz gab. Er wies auf das große Interesse hin, das die englische Industrie an der gemeinsamen Auslegung und der dadurch ermöglichten Ratifizierung des Washingtoner Abkommens habe, da die sozialen Verhältnisse

in England eine Gehenna der englischen Wettbewerbsfähigkeit nicht auf dem Wege der Herabsetzung der Löhne und der Verlängerung der Arbeitszeit zu suchen, sondern nur auf dem Wege der internationalen Gleichstellung der Arbeitsbedingungen in den umgebenden Industrieländern. Thomas schloß mit dem Ergebnis von London ab. Seine Behauptung, daß in London ein Sonderabkommen, eine Art Vocarno, unter einzelnen Mächten an die Stelle des allgemeinen Washingtoner Abkommens treten würde, habe sich nicht verwirklicht, sondern es sei tatsächlich zu einer gemeinsamen Auslegung gekommen, die nur die beteiligten Staaten binde, die aber schon deshalb notwendig angewiesen sei, weil es keine andere auslegende Instanz für internationale Arbeitsabkommen gebe.

Thomas ging zum Schluß noch auf die großen Schwierigkeiten ein, die in London zu überwinden waren. Artikel 14 des Washingtoner Abkommens, das die Auserkennung des Abkommens im Kriegsfall und im Falle nationaler Gefahr vorbehält, gab zu längeren Auseinandersetzungen Anlaß, mit dem Ergebnis, daß Artikel 14 nur für Kriege in Anwendung kommen darf, die tatsächlich das Leben der ganzen Nation bedrohen. Eine zweite Schwierigkeit ergab die Frage der Unterstellung der Eisenbahnbetriebe hinter das Washingtoner Abkommen. Thomas erwähnte hierbei, daß der deutsche Reichsarbeitsminister die Frage aufwarf, was geschehen würde in Fällen, in denen die Einhaltung der sich aus dem Dawidschen Abkommen ergebenden Verpflichtungen nicht mit der Annahme der Bestimmungen des Washingtoner Abkommens vereinbar wäre. Nach Auffassung des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes können in Fällen von Widersprüchen zwischen einem internationalen Arbeitsabkommen und anderen Verträgen die Arbeitsabkommen auf jeden Fall vor, da ausdrücklich der Versaillesvertrag die Regelung der Arbeitsbedingungen sicherstelle. Thomas erinnerte daran, daß dieser Gesichtspunkt auch bei der Finanzsanierung des Völkerbundes in Österreich erfolgreich durchgedrungen sei.

„Märchen von Amwegen.“

Ein altisländisches Märchenspiel.

Eröffnung im Neuen Theater, 30. März 1926.

Es liegt ein rückschauender Zug in der Vorliebe der heutigen Bühne für Märchenspiele und Motiven. Als wenn wir und die alte religiöse Kultur des Mittelalters dadurch zurückgewinnen könnten. Dafür fehlen aber viele Voraussetzungen. Kirche und Theater sind getrennte Wesen geworden, und der Begriff des einheitlichen Volkes hat sich verflüchtigt. Die Wiedererweckung der alten Ziele ist eine stumme Angelegenheit, auch dort, wo sie volkstümlich und laienhaft vorgetragen, wie in den veränderten Unternehmungen von Wandervögeln und Volksspielen. Auf der anderen Seite hat das Theater eine Ausstattungsangelegenheit daraus gemacht: in den Bearbeitungen alter Mythenspiele von Volkswörter und Hofmannsdial. Den Eindruck einer theatremäßig angewandten Kunst werden die Ausstattungen alter Ziele auch nicht vermeiden können, und die Empfindung des Zuschauers wird immer zweigeteilt sein. Den rein religiösen Eingetragten mag wohl manches peinlich berühren, was da im Rampenlicht ausgeführt wird, und der Kenner der Theater- und Literaturgeschichte wird sich nur historisch, nicht schätzend, auf den Standpunkt der Primitivität zurückwenden. Alles in allem: es ist kein reiner Genuss unmittelbarer Kunstgenussnahme.

Das altisländische Märchenspiel *Märchen von Amwegen* von Rymwegen“ offenbart von der heutigen Bühne herab diese Sachlage nach allen Seiten hin. Es ist ganz nur erloschen von der kranken Kirchenlehre her unter Verzicht auf alle psychologischen Voraussetzungen und dramatischen Verbindungen im Sinne der neueren Dichtung. Sünde, Buße, Gnade — das sind die Stationen eines Lebensweges, der zwischen Himmel und Hölle einherzieht. Das unschuldige Kind und Märchen, eines Pfarrherrn Nichte, wird durch die Vortheilhaftigkeit einer Waise dem Teufel in die Arme getrieben und lebt mit ihm „mehr denn sieben Jahre“ in dem der Anwalt des Höllenfürsten mit Gottvater rechnet und die Mutter Maria selbst um die Seele der Gestalteten bittet, zur Reue und Reue gebracht worden ist, verliert Waisen, wie der Teufel sich hier nennt, die Macht über sie, entführt sie wohl durch die Hilfe, läßt sie aber vorm Hause des Pfarrherrn zur Erde fallen. Mit dem geistlichen Thein pflaert sie zum Paradies, der Teufel schließlich schwärze Buße auferlegt, die ihr nach Jahren im Kloster durch die himmlische Gnade gesenkt wird. Dieser dogmatische Handlungsverlauf gestattet keine inneren Ein-

Kunst und Wissenschaft.

Witteilmann der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Kartenerwerb für die drei „Barfais“-Vorstellungen am Freitag, dem 2. April (5 Uhr), am Sonnabend, dem 3. April (4 Uhr) und am Sonntag, dem 4. April (5 Uhr), sowie für die Aufführung der „Macht des Schicksals“ am zweiten Osterfesttag (7 Uhr) heute an der Opernhauskasse begonnen hat. Er findet auch morgen Donnerstag von 10-2 Uhr statt; am Donnerstagsabend bleibt das Opernhaus geschlossen.

Schauspielhaus. Die heutige Aufführung des Lustspiels „Was ihr wollt“ findet für die Anrechtinhaber der Reihe A (nicht wie irrlich angegeben B) statt. — Am Karfreitag, dem 2. April, bleibt das Schauspielhaus geschlossen. — Die Schauspielhauskasse ist von vormittags 11 bis nachmittags 2 Uhr geöffnet.

Albert-Theater. Donnerstag, den 1. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, Gastspiel der Sittigener-Gesellschaft: „Schneewittchen und die sieben Zwerg“. Abends 7 1/2 Uhr erstes Gastspiel von Albert und die sieben Zwerg.“